

Fünfzig Jahre  
deutsch-amerikanische  
Austauschprogramme

# Eckstein einer Freundschaft

Ferdinand Oertel

Im August und September 1950 reisten von Frankfurt aus auf Vermittlung durch die US-Militärregierung die ersten größeren Gruppen deutscher Studenten zu einem einjährigen Studium in die USA. Seither trugen die akademischen Austauschprogramme, an denen Studenten aller Fachrichtungen, auch Schüler, Lehrer und Hochschullehrer teilnahmen, wesentlich zum Aufbau und zur Stabilisierung einer neuen deutsch-amerikanischen Freundschaft in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts bei. Und die Erfahrungen, die die Teilnehmer in Amerika machten, prägten nicht nur ihre persönlichen Entwicklungswege, sondern schlugen sich durch sie auch im politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Bereich nieder – sowohl hier als auch dort.

## Einbindung in den Westen

Auf amerikanischer Seite sind es vor allem zwei Persönlichkeiten, die bereits gegen Ende des Zweiten Weltkrieges und kurz danach Initiativen für die Einbindung des Nachkriegsdeutschlands in die westliche Welt ergriffen und dafür unter anderem akademische Austauschprogramme entwickelten: J. William Fulbright und John J. McCloy. Der Kongressabgeordnete und spätere Senator Fulbright wollte mit seinem Gesetz über akademische Austauschprogramme vom 27. September 1945 das gegenseitige Verständnis zwischen den Vereinigten Staaten und den anderen Völkern auf der ganzen Welt fördern. Während seine Pro-

gramme mit anderen Ländern 1947 anliegen, konnte für die junge Bundesrepublik erst 1952 ein Vertrag abgeschlossen werden. Er wurde auf deutscher Seite von Bundeskanzler Konrad Adenauer, auf amerikanischer Seite vom damaligen US-Hochkommissar John J. McCloy unterzeichnet.

John J. McCloy hatte jedoch schon zwei Jahre vorher, 1950, bilaterale Austauschprogramme zwischen Deutschland und Amerika auf den Weg gebracht. Auf einer Festveranstaltung anlässlich der fünfzigsten Wiederkehr dieses Austauschbeginns, zu dem US-Generalkonsul Edward B. O'Donell und das Amerika Haus in Frankfurt am 9. August 2000 ehemalige Teilnehmer der ersten Austauschgruppen eingeladen hatten, gab der Sohn des früheren Hochkommissars, John McCloy II., interessante Einzelheiten über die Beteiligung seines Vaters an der politischen Positionierung des befreiten Deutschlands und am Entstehen der Austauschprogramme bekannt. Trotz ihres irischen Namens hatten die McCloyes väterlicher- und mütterlicherseits deutsche Vorfahren, was ihre Affinität zu Deutschland besonders prägte. Allerdings hatte John McCloy Sen. unerfreuliche Kontakte mit Vertretern des nationalsozialistischen Regimes, als er als junger Anwalt mit der Aufklärung eines Bombenattentates auf ein Munitionslager im New Yorker Hafen befasst war. Anschließend interessierte sich das US-Kriegsministerium für seine dabei gewonnenen Kenntnisse

über die Nazigrößen und übernahm ihn bald darauf in seine Dienste.

## Morgenthau und McCloy

Schon lange bevor der Zweite Weltkrieg zu Ende ging, hatten in der amerikanischen Regierung Überlegungen begonnen, wie man mit den besiegten Deutschen umgehen sollte. Präsident Franklin D. Roosevelt hatte dabei bereits 1944 dem 14-Punkte-Plan seines Finanzministers Henry Morgenthau zugestimmt, der neben der völligen Entmilitarisierung eine Demontage aller Industrieanlagen, die Zweiteilung Deutschlands in einen Nord- und einen Südteil sowie die Internationalisierung des Ruhrgebietes vorsah. John McCloy war einer der Opponenten gegen diesen Plan und warnte Roosevelt vor dessen Verwirklichung, weil die Reduzierung Deutschlands auf einen Agrarstaat nicht nur jede Chance verbaue, es in den Westen einzubinden, sondern auch einen neuen „Drang nach Osten“ hervorrufen werde, und dies heiße, dem Vordringen der Kommunisten Tür und Tor zu öffnen.

Roosevelt zog seine Unterschrift unter den Morgenthau-Plan im September 1944 zurück, hatte aber unter anderem McCloy um Alternativen gebeten. McCloy war seit vielen Jahren mit Jean Monnet bekannt, dem französischen Wirtschaftspolitiker, der damals als Koordinator der Rüstung aller Alliierten enge Kontakte zur amerikanischen Regierung hatte (und den McCloy als Hochkommissar Anfang der fünfziger Jahre in seinem Einsatz für die Errichtung der Montanunion unterstützte). Mit Monnet und amerikanischen Politikern entwickelte McCloy erste Überlegungen für einen gemeinsamen Markt in Westeuropa nach Kriegsende, der später im Marshall-Plan aufging. Wenige Tage vor seinem Tod kurz vor Kriegsende überraschte Roosevelt McCloy mit der Anfrage, ob er bereit sei, als Hochkommissar ins befreite Deutsch-

land zu gehen, um es wieder aufzubauen und in die westliche Allianz zu integrieren. McCloy lehnte ab, weil er der Meinung war, dass es zunächst eines Militärgouverneurs bedürfe, um die völlig zerstörte Infrastruktur und Verwaltung in Deutschland wieder aufzubauen. McCloy empfahl General Lucius Clay, der später auch dazu bestellt wurde.

Als vier Jahre danach die Zeit gekommen zu sein schien, die Militärregierung in Deutschland in eine zivile überzuführen, wählte Präsident Harry S. Truman den Mann aus, den er selbst 1947 zum ersten Präsidenten der Weltbank ernannt hatte und den Roosevelt bereits für Deutschland im Auge hatte: John J. McCloy. Und zu den vielen Bemühungen, die der neue Hochkommissar nach seinem Amtsantritt 1949 zur Etablierung einer deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit unternahm, gehörten die akademischen Austauschprogramme. Sein Sohn nannte sie einen *cornerstone*, Eckstein, der deutsch-amerikanischen Politik nach dem Zweiten Weltkrieg.

## Keine Amerikanisierung, sondern Verständigung

Die amerikanische Militärregierung hatte schon vor 1950 einzelne junge Deutsche zu kurzen Besuchen oder Gaststudien nach Amerika geschickt. Dazu gehörte zum Beispiel eine junge Münchener Stadtverordnete namens Hamm-Brücher, ebenso ein junger Student, der sich als Redaktionsmitglied einer Schülerzeitschrift beworben hatte: Kurt Biedenkopf. Ihn lud McCloy ein, als die erste Gruppe des neuen Studentenaustauschprogramms vor der Abreise im Sommer 1950 im IG-Farben-Hochhaus in Frankfurt auf den Studienaufenthalt in Amerika vorbereitet wurde. McCloy hatte sich bei der US-Regierung um Mittel für solche Programme bemüht. 1950 gab es, wie Henry Kellermann in seinem Buch *Cultural Relations as an Instrument of U.S. Foreign Policy* über die Aus-

tauschprogramme von 1945 bis 1954 feststellt, bereits 156 Einzelprojekte, wovon zwei Drittel den akademischen Austausch betrafen. Wie wichtig der US-Kongress diesen Austausch als „Mittel der Außenpolitik“ nahm, geht daraus hervor, dass er für 1950/51 weltweit einen Gesamtetat von rund zwanzig Millionen US-Dollar bewilligte. Davon standen 6,6 Millionen für deutsch-amerikanische Programme zur Verfügung. Hinzu kamen Stipendien von vielen Universitäten und privaten amerikanischen Erziehungseinrichtungen und religiösen Institutionen für Unterkunft, Lebenskosten und Studiengebühren. Dazu gehörte der American Field Service ebenso wie die Church of the Brethren, Rotary International wie katholische Jesuitenuniversitäten.

Der von den Amerikanern stark geförderte Austausch fand in Deutschland nicht überall Zustimmung. Hochkommissar McCloy sprach diese Kritik an, als er in einer bemerkenswerten Ansprache am 9. August 1950 die erste größere Gruppe von 350 Studenten verabschiedete: Es bestehe die Gefahr, dass die Motive für diesen Austausch missverstanden würden. Er kenne die Gerüchte, „dass unsere Bestrebungen ein groß angelegtes Propagandasystem seien, ein Versuch, die deutschen Besucher zu ‚amerikanisieren‘, und ein Versuch, amerikanische Gewohnheiten und Einrichtungen nach Deutschland zu verpflanzen“.

Diese Unterstellungen wies McCloy als „Unsinn“ und „unverantwortlich“ zurück. Es treffe zwar zu, so McCloy weiter zu den Studenten, dass die Amerikaner hofften, durch diesen Austausch eine bessere Verständigung zwischen „unseren Ländern“ herbeizuführen. „Internationale Verständigung ist immer ein wesentlicher Faktor für den Weltfrieden.“ Doch die endgültigen Ziele lägen tiefer: „die grundlegenden Freiheiten in Deutschland wieder herzustellen“ und die Überreste der autokratischen Nazi-

Vergangenheit auszulöschen. Der Hochkommissar unterstrich, dass die Teilnehmer an den Austauschprogrammen zwar eine vom Volk gewählte und kontrollierte Regierungsform, die Freiheit und Toleranz des Einzelnen, gerade auch in Glaubensfragen, und die strenge Wahrung der Rechte kennen lernen sollten; aber: „Wir erwarten bestimmt von niemandem, dass er versucht, amerikanische Methoden unverändert auf Deutschland zu übertragen“, zumal deshalb, weil auch Amerika wie jede Gesellschaft seine Mängel habe.

Die Stipendien für die Austauschprogramme waren vorwiegend an den Universitäten ausgeschrieben worden. In der Begründung für eine Bewerbung musste angegeben werden, weshalb man in den USA studieren wolle und was. Die Auswahlverfahren erfolgten bei den zuständigen Landeskommissaren der US-Armee. Damals war allerdings doch von *re-education*, also von Umerziehung, die Rede, Umerziehung jener jungen Deutschen, die ihre Schul- und Gymnasialausbildung ganz im nationalsozialistischen Geist erhalten und zum Teil noch im Krieg eingesetzt waren. Beim Vorbereitungstreffen im Frankfurter IG-Farben-Hochhaus musste man auch einen langen Fragebogen ausfüllen (Fragebögen waren damals ein beliebtes Informationsinstrument der Alliierten), in dem ausführlich nach dem Amerikabild gefragt wurde.

### Amerikabild der Deutschen

Das hatte wohl unter anderem auch einen aktuellen Grund, weil die amerikanische Besatzungspolitik zu dieser Zeit von der Ostberliner Demokratischen Deutschen Republik als von der „Plutokratie“ beherrschtes Instrument zur Ausbeutung Westdeutschlands diffamiert wurde. Dem Autor liegt das erste Heft eines im März 1950 in Ost-Berlin herausgegebenen Heftes *USA in Wort und Bild* vor, das zur Ergänzung der propagandistischen Radiosendung „Die Wahrheit über Ame-

rika“ des kommunistischen Deutschland-senders Horrorgeschichten über Elend und Unterdrückung in den USA und die Ausbeutungsstrategien des „Hochkapitals“ verbreitete (wobei sogar in einem Artikel auch der US-Hochkommissar McCloy als „Großaktionär“ abgestempelt wurde, der an der Übernahme westdeutscher Industriebetriebe beteiligt sei).

Soweit bekannt, sind die damaligen Fragebögen der Studenten nie wissenschaftlich ausgewertet worden. Für die Frankfurter Jubiläumsveranstaltung hat der Kölner Soziologe Erwin K. Scheuch, selbst Austauschstudent von 1950, erstmals Erhebung des DIVA-Instituts (Deutsches Institut für Volksbefragung) über das Amerikabild der Deutschen zu dieser Zeit ausgewertet, wobei sich herausstellte, dass es weitaus positiver war, als die Militärregierung vermutete. Eine ähnliche Auswertung der Fragebögen der Austauschstudenten wäre eine lohnenswerte Aufgabe für die Aufarbeitung der deutsch-amerikanischen Nachkriegsentwicklung.

Im Übrigen gab es für die Studenten in Amerika keinerlei Umerziehungskurse, schon gar keine programmatische Befassung mit der NS-Ideologie. Auch nach der Rückkehr sind Teilnehmer nie über ihr erfahrenes Amerikabild befragt, sie sind offensichtlich nicht einmal mehr registriert worden (ein Versäumnis schon deshalb, weil für die Jubiläumsveranstaltung in Frankfurt nur etwa ein Drittel der Austauschstudenten von 1950 aufgespürt werden konnte). Wahrscheinlich sind die Austauschprogramme so erfolgreich, weil keinerlei Auflagen und Kontrollen eingebaut sind. Mit Recht konnte der hessische Ministerpräsident Roland Koch im Frankfurter Römer es als das Prinzip der Programme bezeichnen, „sich selbst zu überzeugen und nicht überzeugt zu werden“.

Als wichtigste Erfahrung seines Amerika-austausches 1949/50 bezeichnete Ministerpräsident Kurt Biedenkopf sein

neues Verständnis von der Freiheit des Einzelnen und sein Verständnis vom Staat. Während wir Deutschen vom Jahrhundertelangen Feudalismus geprägt seien und den Staat als Vater betrachteten, hätten die amerikanischen Einwanderer ihre persönliche Freiheit über den Staat gestellt, der für sie nur eine dienende Funktion besitze. Wo Menschen „Kinder des Vater Staates“ seien, so Biedenkopf, könne keine Demokratie entstehen.

Diese Erfahrung, von vielen Austauschlern geteilt, hat wesentlichen Anteil an der politischen Demokratisierung der jungen Bundesrepublik gehabt. Zudem verdankt Westdeutschland dem großen amerikanischen Engagement für Europa in den fünfziger Jahren, dass Franzosen und Engländer den Plänen zur Einbeziehung der Bundesrepublik in die neue Wirtschaftsunion Europas zustimmten und dadurch ein Gegengewicht zum damals aggressiven kommunistischen Osten entstand.

### Neue Rolle Amerikas in Europa

Die Bedeutung Amerikas für diese Nachkriegsentwicklung in Deutschland und Europa hat sich heute gewandelt. Darauf wies John McCloy II. bei seiner Ansprache im Amerika-Haus in Frankfurt hin. Die Ausweitung der Europäischen Union vor allem nach dem Zusammenbruch des Kommunismus, mit dem der Eiserne Vorhang zum Osten und schließlich auch die Mauer in Deutschland fortfielen, und das Entstehen eines neuen europäischen Wirtschaftsfaktors versetzten auch die USA in eine neue Rolle. John McCloy II. wörtlich: „Offensichtlich hat der Regierungswechsel, der das Ende der Bonner Republik signalisierte, auch die politische Unterordnung Deutschlands unter die Vereinigten Staaten beendet.“ Das sei jedoch keine negative Entwicklung, sondern stelle eine neue Situation für die deutsch-amerikanischen Beziehungen

dar, auf die man sich einstellen müsse. Die neue deutsche Regierung konzentrierte sich auf Europa (an der Jubiläumsveranstaltung in Frankfurt nahm übrigens kein Repräsentant dieser Regierung teil), deshalb müssten wir uns „anders als in der Vergangenheit, als militärische Präsenz und wirtschaftliche Unterstützung notwendig waren für unser Zusammenwachsen, ganz auf uns selbst verlassen“.

Die grundsätzliche Veränderung des Verhältnisses zwischen Amerika und Deutschland sowie Europa insgesamt ist gerade im Zusammenhang mit dem US-Präsidentenwahlkampf 2000 in deutschen Publikationen angesprochen und ähnlich dargestellt worden, wie John McCloy II. es in Frankfurt tat: Amerika steht jetzt ein wieder vereinigtes, völlig autonomes Deutschland gegenüber, dessen politische, kulturelle und auch wirtschaftliche Ausrichtung schwerpunktmäßig auf Europa zielt. Doch in der Frage der Aus- und Rückwirkung dieser Position auf das Verhältnis zu Amerika unterscheiden sich deutsche Politiker und Politik- und Kulturwissenschaftler. So weist der Gießener Politologe Claus Leggewie in einem Essay in der *Zeit* (2. November 2000) neben der veränderten politischen und einer neuen globalen Wirtschaftsbasis auch auf einen Generationenwechsel hin, der die transatlantische Beziehung entscheidend geändert habe: Während in der Nachkriegszeit die Generation der Flakhelfer und „bekehrten Hitler-Jungen“ nicht nur amerikafreundlich, sondern auf Amerika eingeschworen war, hätten die 68er und Vollender der Bonner Republik diese „Leidenschaften und Projektionen“ als übertrieben angesehen. Leggewie zieht daraus das Fazit: „Die alte Garde hat ihre Mission erfüllt, die deutsch-amerikanischen Beziehungen sind ein Selbstläufer geworden, aber nur noch ein Verhältnis der Weltgesellschaft unter anderen.“

Leggewie plädiert – wie auch in seinem 2000 erschienenen Buch *Amerikas Welt* – für eine „Relativierung des amerikanischen Modells“ und stellt ihm die Andersartigkeit Europas gegenüber. Er zitiert den SPD-Koordinator der gegenwärtigen Bundesregierung für Amerikabeziehungen, Carsten Vogt, der zwar „keinen Kulturbruch“ erkennen könne, aber doch feststelle, „man müsse jetzt auf Augenhöhe miteinander reden und streiten“.

Einen anderen Akzent setzte der frühere deutsche Bundespräsident Richard von Weizsäcker. Als Fazit seiner Überlegungen darüber, was die Wahl des neuen US-Präsidenten für Deutschland bedeutet, schreibt er: „Die Sicherheit bleibt auch in der Zukunft unteilbar. Die Förderung der Demokratie und der Menschenrechte, kurz die grundlegenden Werte und Fähigkeiten der Menschen für ein friedliches Zusammenleben, verbinden uns über den Atlantik hinweg entscheidend“ (*Welt am Sonntag*, 5. November 2000). Weizsäcker ist überzeugt, dass damit auch der neue Präsident übereinstimmt. Leider ist beim ersten Treffen des neuen amerikanischen Präsidenten George W. Bush mit dem deutschen Bundeskanzler Gerhard Schröder Ende März 2001 in Washington dieser Aspekt nur verkürzt aufgegriffen worden. Zwar wird im gemeinsamen Kommuniqué anfangs die „tiefe Freundschaft“ zwischen den USA und Deutschland attestiert, doch dann geht es nur um die transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik Amerikas und Europas. Die USA erkennen an, dass in dieser Richtung „Europa zu einem stärkeren und handlungsfähigeren Partner gemacht werden soll“, doch was die Grundlage dieser Partnerschaft ist, wie sie erhalten und ausgebaut werden kann, das wird nicht erwähnt.

### Eckpfeiler der Sicherheitspolitik

Gerade auf Grund der veränderten Konstellation aber dürfte dem deutsch-ameri-



kanischen Austausch in Zukunft erhöhte Bedeutung zukommen. Das unterstrichen auf der Jubiläumsveranstaltung in Frankfurt auch die CDU-Ministerpräsidenten Biedenkopf und Koch. Der sächsische Ministerpräsident setzte sich für eine Fortsetzung des akademischen Austausches auch deshalb ein, weil „persönliche Erfahrung und Begegnung Grundlage von Kommunikation und gegenseitigem Verständnis“ sind, während der hessische Ministerpräsident davon sprach, dass wir Menschen brauchen, „die nicht nur übereinander gelesen haben, sondern miteinander gelebt haben“. Es bleibt zu wünschen, dass die rot-grüne Bundesregierung trotz der Verlagerung ihres politischen Schwerpunktes auf Europa die Notwendigkeit der bilateralen Kooperation auch unter den gewandelten Voraussetzungen erkennt und damit die Bedeutung der Austauschprogramme. Diese sind nämlich, wie Generalkonsul O'Donnell es ausdrückte, „ein Eckpfeiler unserer Sicherheitspolitik“, weshalb er auch auf amerikanischer Seite auf Fortführung der Austauschprogramme drängt.

Diesen Aspekt unterstrich ausdrücklich der amerikanische Staatssekretär für Erziehung und Kultur, William B. Bader. Wenn in Zukunft die militärische Präsenz Amerikas in Deutschland und anderen Ländern zurückgenommen und abgebaut werde, komme den erzieherischen und kulturellen Austauschprogrammen erhöhte Bedeutung für die freundschaftliche Verständigung und Zusammenarbeit zu. Bader verwies in

diesem Zusammenhang auf ein (bei uns kaum beachtetes) Memorandum des damaligen amerikanischen Präsidenten Bill Clinton zur *International Education Policy* der USA vom 19. April 2000. Clinton bezieht sich auf die erfolgreichen Austauschprogramme der Vergangenheit, stellt aber fest: „Our work ist not done.“ Um die führende Rolle der Vereinigten Staaten in der globalen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung zu wahren, sei eine „international education strategy“ erforderlich, die zwei Aufgaben habe: die amerikanischen Bürger auf diese Weltentwicklung durch das Kennenlernen anderer Völker vorzubereiten und Führungskräfte aus dem Ausland mit Amerika vertraut zu machen. Aus dem Staatssekretariat für Erziehung und Kultur der US-Regierung wurde inzwischen bekannt, dass die Regierung unter dem Republikaner George W. Bush die Internationalen Education- und Exchange-Programme fortführen wird und dafür im neuen Budget für das laufende Jahr 2001 mit 231 Millionen US-Dollar sogar die Vorjahresmittel leicht erhöht hat. Präsident Clinton wusste, was J. William Fulbright und John McCloy schon vor fünfzig Jahren avisierten: Die Erfahrung der Austauschstudenten in Amerika „wird in Zukunft eine der größten Stützen unserer Außenpolitik sein“. Bisher nahmen jährlich rund 9000 deutsche Studenten an Austauschprogrammen mit Amerika teil, während 5000 junge Amerikaner in Deutschland studierten.

### **Am Anfang**

*Genau betrachtet, steht die EU in einem viel gründlicheren Sinne am „Anfang“ ihrer Außenpolitik als die Bush-Administration.*

(Herbert Kremp am 31. März 2001 in *Die Welt*)